

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogt (Kaiserslautern) und der Fraktion

DIE GRÜNEN

— Drucksache 10/2036 —

**Ausbau militärischer Anlagen im Raum
Dieburg – Babenhausen – Hanau**

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung hat mit Schreiben vom 10. Oktober 1984 die Kleine Anfrage im Namen der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Welche Informationen über militärische Erweiterungspläne im südosthessischen Raum liegen der Bundesregierung vor?
2. In welchen Orten Südhessens werden derzeit militärische Anlagen geplant bzw. wurde mit deren Bau begonnen, und um welche handelt es sich?
3. Wann wurden erstmals die deutschen Behörden über die geplanten militärischen Anlagen in Babenhausen, Großauheim und Erlensee unterrichtet?
4. Wurden Anträge seitens der US-Streitkräfte auf Baugenehmigungen, Änderungen der Bebauungspläne und Flächennutzungspläne gestellt?
Wenn ja, wann, wo und mit welchen Inhalten?
5. Trifft es zu, daß zur Unterstützung der neuen PATRIOT und MLRS-Systeme in Babenhausen das Munitionslager Münster umgebaut sowie Straßen neu- oder ausgebaut werden sollen?
6. In welchem Funktionszusammenhang stehen die Anlagen und Truppenteile in den Militäreinrichtungen Münster und Hanau mit den militärischen Standortanlagen und Truppenteilen in Babenhausen?

Die in Südhessen – Raum Dieburg/Babenhausen/Hanau – von den Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika begonnenen oder geplanten Baumaßnahmen werden grundsätzlich in schon vorhandenen militärischen Anlagen durchgeführt. Erweiterungen sind – mit Ausnahme einer Vergrößerung des Flugplatzes Hanau-Langendiebach (Erlensee) – nicht vorgesehen. Die Errichtung neuer Anlagen ist in diesem Raum nicht geplant.

Bei den Baumaßnahmen handelt es sich im wesentlichen um die Erstellung von Unterkünften und einer Heizzentrale sowie Instandsetzungen in Babenhausen, den Ausbau des Technischen Bereiches, die Modernisierung und den Neubau von Unterkünften in Hanau sowie um Zubauten im Munitionslager Münster-Dieburg. Ferner ist vorgesehen, das Munitionslager Münster durch eine neue Zufahrt an das öffentliche Straßennetz anzuschließen. Dadurch wird auch vermieden, daß der militärische Verkehr weiterhin durch Münster geführt werden muß.

Baumaßnahmen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten werden überwiegend durch die Finanzbauverwaltung der Länder durchgeführt. In jedem Fall ist sichergestellt, daß die deutschen Gesetze beachtet und notwendige öffentlich-rechtliche Verfahren eingehalten werden. Die deutschen Behörden werden unterrichtet, sobald eine Planung konkretisiert ist.

In den Einrichtungen in Hanau, Babenhausen und Münster ist ein zusammengehöriger Verband untergebracht.

7. Ist in Zusammenhang mit den Ausbaumaßnahmen in Babenhausen, Münster, Großauheim oder Erlensee und deren funktioneller Nutzung mit zunehmenden Belästigungen zu rechnen (Flug- und Fahrzeuglärm, Emissionen etc.)?
8. Ist im Zuge der Ausbaumaßnahmen im südhessischen Raum mit einer Erhöhung der Truppenstärke der US-Streitkräfte in diesem Raum zu rechnen? Wenn ja, in welchem Umfang?

Eine zusätzliche Stationierung von Truppen und Flugzeugen ist nicht geplant. Die durch die Modernisierung der Streitkräfte bedingten Organisations- und Infrastrukturmaßnahmen führen nicht zu einer zunehmenden Belastung dieses Raumes.

9. Sind Berichte zutreffend, wonach das Luftabwehrsystem PATRIOT derzeit zu einer antiballistischen Waffe weiterentwickelt wird?

Nach bisher vorliegenden Informationen ist nicht geplant, das Waffensystem PATRIOT zu einer antiballistischen Waffe weiterzuentwickeln.

10. Treffen öffentlich erörterte Befürchtungen zu, wonach im südosthessischen Raum ABC-Waffen gelagert sind?

Wenn ja, wo befinden sich diese Lager?

Angaben über Lagerorte von atomaren und chemischen Waffen unterliegen der Geheimhaltung.

Die Frage nach der Lagerung biologischer Waffen kann eindeutig verneint werden. Die NATO-Streitkräfte verfügen über keine biologischen Waffen.

Die Vereinigten Staaten haben gemäß dem Bio-/Toxinwaffenvertrag vom 10. April 1972 ihre Bestände zwischen Mai 1971 und Februar 1973 vernichtet. Die amerikanische Regierung hat dies 1975, nach Inkrafttreten des Vertrages, öffentlich und verbindlich erklärt. Zusätzlich haben die Vereinigten Staaten die Produktion chemischer Kampfstoffe vor fast 20 Jahren eingestellt, ohne daß dies in irgendeiner Weise durch die Sowjetunion honoriert wurde.

